



die Inklusiven e. V.
Oehlmühlenstr. 50
33604 Bielefeld

info@die-inkluisiven.de

02./ 03./ 08.05.2018

Presse-Information

“Film ab – Kinder in der Hauptrolle?” Kinderrechte und Bildung

Eine Vortrags-/ Film-/ Diskussions-Veranstaltung

Anlässlich des "Europäischen Protesttag zur Gleichstellung der Menschen mit Behinderung" möchten **die Inklusiven e.V.** die Kinderrechte in der Pädagogischen Praxis in den Mittelpunkt stellen - allgemein und konkret vor Ort in Bielefeld.

Denn letztendlich bedeutet die Umsetzung der Kinderrechte in der Bildung nichts anderes als gleichzeitig ein hochwertiges, inklusives Bildungssystem für Alle Lernenden zu schaffen. siehe UN-BRK, Comment Nr.4

Die Bezüge stellt Michael Töpler in einem informativen Vortrag zu Kinderrechten und Bildung dar. Er ist Mitglied im Arbeitskreis Menschenrechtsbildung Reckahn, im Netzwerk Kinderrechte im Bildungssystem der National Coalition und ehem. Mitglied im Beirat des UBSKM.

In den Filmen über die Schüler und Pädagogen der Schule Berg Fidel in Münster wird dann anschaulich, wie das in der Praxis aussehen kann, wenn kindgerecht gelernt wird, wenn sich alle einbezogen fühlen und lernen, Probleme miteinander selbständig zu lösen.

Wie das so ist mit den Kinderrechten im deutschen Bildungssystem - allgemein und konkret vor Ort, möchten wir damit zur Diskussion stellen. Mit hoffentlich vielen Perspektiven der unterschiedlichsten Beteiligten im Schulsystem (eingeladen wurden Eltern, Pädagogen, Studenten sowie lokale Vertreter aus Schul-Politik und -Verwaltung) ergeben sich möglicherweise Handlungs- optionen auch vor Ort.

“Film ab - Wie im schlechten Film! – Eltern kommen nicht vor. Aus Überlastung.”

Zum Europäischen Protesttag 2018 in Bielefeld, am 08.05.2018 geht unsere Aktion weiter. **Die Inklusiven e.V.** beteiligen sich mit einem Protest-Stand auf dem Rathausplatz unter dem Thema: “Inklusion von Anfang an” ... “auf eigene Gefahr!”

Wir wollen damit auf eine vergessene, gesellschaftlich an den Rand gedrängte Gruppe aufmerksam machen, die in für sie relevanten Entscheidungs-Gremien und -Prozessen nicht vorkommen – Eltern von Kindern mit Behinderung u/o Förderbedarf.

Ihnen, die ihren Kindern gegenwärtig ihr Recht auf inklusives Aufwachsen und Lernen gewährleisten wollen, wird es so schwer wie möglich gemacht, obwohl sie es sind, die erst ein Lernen auf allen Seiten möglich machen.

Sich als Eltern mit den Bedingungen des "Gemeinsamen Lernens" auseinandersetzen oder sie gar kompensieren zu müssen, ist momentan ein anstrengender Job. Das gelingt nur denjenigen Eltern, die enorme Ressourcen mobilisieren können - emotional, finanziell, intellektuell, zeitlich,

In der Regel müssen sie sich ein breitgefächertes Wissen aneignen, nicht nur bezogen auf die Beeinträchtigungen ihres Kindes, also in therapeutischer oder medizinischer Hinsicht, sondern v.a. auch auf pädagogischem und juristischem Gebiet.

Dabei bleiben wenig Zeit und Ressourcen, sich zusätzlich ehrenamtlich zu engagieren. Erschwerend kommt hinzu, dass gerade Eltern-Engagement nicht staatlich gefördert wird. Die individuell angeeignete Menge an elterlichem (Fach)-Wissen und Erfahrung - eine wichtige Ressource für erfolgreiche Umsetzung von Inklusion - droht somit ungenutzt zu bleiben.

All dies sind eindeutige Zeichen, dass die Umsetzung der UN Behindertenrechtskonvention, insbesondere Artikel 24 zur Bildung, präzisiert durch den General Comment Nr.4 vom 02.09.2016, gerade im Bildungssystem ungenügend voran geht. Auch von der derzeitigen Bildungsministerin sind keine steuernden Korrekturen bisher bekannt geworden, mit der sie die versprochene Qualitätsverbesserung inklusiver Schulbildung erreichen will.

Dies konnte auch am 25.04.2018 die Monitoringstelle UN-Behindertenrechtskonvention am Deutschen Institut für Menschenrechte bei der Verbändekonsultation in Duisburg feststellen:

Es wurde deutlich, "dass noch viele politische Maßnahmen und Rahmenbedingungen nötig sind, um Inklusion im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention erfolgreich zu machen. Die UN-Konvention gibt klar den Auf- und Ausbau der inklusiven Schule vor und spricht sich gegen Segregation aus.

An diese internationalen Vorgaben ist die neue Landesregierung gebunden. ... Inklusion ist eine verbindliche politische Aufgabe, die Tat- und Gestaltungskraft braucht."

Susann Kroworsch, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Monitoring-Stelle UN-Behindertenrechtskonvention, <http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/aktuell/news/meldung/article/pressemitteilung-grosser-handlungsbedarf-bei-der-umsetzung-der-un-behindertenrechtskonvention-in-nrw/>, abgerufen am 02.Mai

Es gibt Schulen, die sich trotzdem einer inklusiven Schulentwicklung gestellt haben – für Eltern das Glück des Wohnorts, nicht eines "Elternwahlrechtes", wie es unlängst plötzlich betont wird.

Viele Eltern weichen in ihrer Not – aus Überlastung – auf Sonderschulen aus, weil ihr Kind nicht in der Regelschule willkommen ist, nicht, weil sie diese separierte Beschulung wollen oder die mit ihr verbundenen Probleme nicht sähen. Auf keinen Fall haben sie eine tatsächliche Wahl.

Siehe auch: <http://www.mittendrin-koeln.de/blog/artikel/praxistest-elternwahlrecht-1/>

Und letztendlich spielt ein Wahlrecht der Eltern sowieso eine untergeordnete Rolle, zumindest, wenn es um das Recht des Kindes auf ein inklusives Aufwachsen und Lernen geht.

Siehe UN-BRK, General Comment Nr.4 vom 02.09.2016

Europäischen Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung am 05.Mai

Seit 1992 ist der 05. Mai der Europäische Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung. Er wurde von den Interessenvertretungen Selbstbestimmt Leben Deutschland (ISL) ins Leben gerufen, um jährlich die rechtliche Gleichstellung behinderter Menschen zu thematisieren und einzufordern. Der 05. Mai wurde gewählt, weil an diesem Tag auch der Europatag des Europarates stattfindet und somit die Relevanz und Umsetzung für ganz Europa betont wird. In jedem Jahr steht ein Thema im Fokus, dieses Jahr "Inklusion von Anfang an".

die Inklusiven e.V.

wurde von Eltern gegründet, die selbst ein Kind mit (drohender) Behinderung u/o Förderbedarf haben, das derzeit seine "Schulpflicht erfüllt".

Unser Ziel ist die Umsetzung von Inklusion im Sinne der UN-BRK, v.a. dort, wo inklusives Miteinander gelernt wird - im Kindesalter, also im Bildungsbereich.

Als Interessenvertretung von Eltern mit Kindern mit (drohenden) Behinderungen u/o Förderbedarf wirken wir regional und überregional auf politische Verbesserungen hin.

Wir unterstützen ganz konkret aus unserer Erfahrungs-Perspektive andere Eltern darin, ihrem Kindes sein Recht auf inklusives Aufwachsen und Lernen zu gewährleisten. Hierzu bieten wir u.a. eine "Elternsprechstunde" an und begleiten bei Gesprächen in Schulen und Ämtern.